

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Baugen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda, und der Gemeindevorsteher des Bezirks.



### Anzeigebblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk.

Erscheint seit 1846.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Fernsprecher Nr. 22.

Mit den wöchentlichen Beilagen:

Dienstags: **Belehrungsbilddienst**; Donnerstags: **Der Sächsische Landwirt**; Sonntags: **Illustriertes Sonntagsblatt**.

Besteht jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der 3 wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Expedition vierteljährlich 1 Mk. 50 Pfg., bei Zustellung ins Haus 1 Mk. 70 Pfg.; durch die Post frei ins Haus vierteljährlich 1 Mk. 2 Pfg., am Posthalter abgeholt 1 Mk. 50 Pfg. Einzelne Nummern kosten 10 Pfg.

Abonnements-Bestellungen werden angenommen in der Geschäftsstelle Markt 15, sowie bei den Zeitungsboten in Stadt und Land, ebenso auch bei allen Postanstalten. — Nummer der Zeitungsliste 6587. — Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis: Die Hauptzeile 100 Buchstaben oder deren Raum 12 Pfg., für Inserate von außerhalb des Verbreitungsgebietes 15 Pfg. Die Reklameweile 30 Pfg. Geringster Inseratenbetrag 40 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach ausliegendem Tarif. Erfüllungsort für beide Teile Bischofswerda. Selbstbestellte Inseraten-Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Inserat- und Abonnements-Bestellungen nimmt entgegen in Baugen: **Weller'sche Buchhandlung, Schulstraße 9.**

## Unterhaltungsgenossenschaft für das Schwarzwasser von Tröbigau bis Commerau bei Königswartha.

Sonnabend, den 14. Februar 1914 vormittags 11 Uhr, findet im Saale des **Hotel Gude** in Baugen eine Genossenschaftsversammlung statt.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über das Gesuch des Herrn Rittergutsbesitzer Heiber auf Spittwitz, vom Amte als Vorsitzender zurückzutreten und ev. Wahl eines neuen Vorsitzenden.
2. Beschlußfassung über die Annahme der von der Kgl. Amtshauptmannschaft Baugen aufgestellten und vorläufig geltenden Satzungen.
3. Beschlußfassung über Beschaffung der erforderlichen Geldmittel auf Grund der Beitragsbeiträge.

Die Genossenschaftsmitglieder d. h. alten Eigentümer der an das Schwarzwasser angrenzenden Grundstücke und Anlagen, werden eruchtet sich zur Genossenschaftsversammlung einzufinden.

P i e s s c h w i t z, am 4. Februar 1914.

von **Walter Jeschki**, stellv. Vorsitzender.

**Versteigerung.** Montag, den 9. Februar 1914, nachmittags 2 Uhr, soll in **Schmiedefeld** bei Großhartau eine Eggenpresse für Kraftbetrieb, welche Verwendung in Kartonnagenfabriken und Papierverarbeitungswerken findet, mit 2 dazu gehörigen Schnittwerkzeugen gegen Barzahlung versteigert werden. Verammlung der Bieter in Rogers Schankwirtschaft in Schmiedefeld.

Der **Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts Stolpen.**

## Dienstag, den 10. Februar 1914: Viehmarkt in Pulsnitz.

### Das Neueste vom Tage.

Kaiser Wilhelm wird, wie in Wiener Hofkreisen verlautet, auf seiner Reise nach Korfu Kaiser Franz Josef einen eintägigen Besuch in Schönbrunn abstaten.

Die Staatssekretäre v. Tirpitz und v. Jagow äußerten sich über die Flottenrüstungen und über die deutsch-englische Entspannung.

Zum Kommandeur des 99. Infanterie-Regiments in Zabern wurde der Kommandeur der Danziger Kriegsschule, Oberleutnant Gündell, ernannt.

Der Senior der deutschen Ärzteschaft Geheimrat Sanitätsrat Koerte ist in Berlin im 97. Lebensjahre an Altersschwäche gestorben.

(Weitere Nachrichten unter Beside Depeschen.)

### Zum Grubenunglück auf Zeche Achenbach.

Am 3. Februar gab der Handelsminister Dr. Sydow dem Abgeordnetenhaus eine Erklärung über die Ursache des Unglücks auf der Zeche Achenbach und über die regierungsseitig getroffenen Abwehrmaßnahmen gegen ähnliche Katastrophen. Aus seinen Ausführungen ging für jeden, der nicht wie die Sozialdemokratie alles, was die Regierung tut, in Grund und Boden verdammt, deutlich hervor, daß man, d. h. sowohl die Regierung, wie auch Berufsgenossenschaften und Arbeitgeber, nach bestem Wissen und Können bemüht, die Zahl der Unfälle nach Möglichkeit zu verringern, daß allerdings die Intensivität des Kohlenabbaus — den die deutsche Industrie verlangt — eher eine Zunahme als eine Verabstärkung der Unglücksziffer im Bergbau zur Folge hat. Demgegenüber benutzte der sozialdemokratische Redner, Quis, die Interpellation, um aus dem traurigen Ereignis in parteipolitischen Interesse Kapital zu schlagen. In seinen Ausführungen schiebt er alle Verantwortung für die Grubenkatastrophen einzig und allein den „Grubenbaronen“ zu, die durch ihr „Afford-Mordbistum“ nur möglichst viel Kohlen fördern wollen, gleichgültig dagegen, ob sie durch den forcierten Bau, durch unterlassene Sicherheitsmaßnahmen das Leben ihrer Arbeiter gefährden. Man kann es dem sozialdemokratischen Abgeordneten allerdings in gewisser Hinsicht nicht verdenken, wenn er ausschließlich gegen die Arbeitgeber von Veder zog. Verlor er doch damit die Kritik, die der Handelsminister an den Arbeitnehmern geübt hatte, in Verachtung zu bringen. Denn die „Sicherheitsmänner“, von den Arbeitern aus ihren Reihen gewählte Vertreter zur Kontrolle der Sicherheitsmaßnahmen und -vorschriften, haben, trotzdem sie von der Regierung nach Möglichkeit in ihren Arbeiten zur Bekämpfung der Un-

glücksfälle gefördert wurden, in mehr wie einem Falle glatt verjagt. Und daß die Regierung durch Anstellung von Arbeiter-Kontrollleuten, die die Arbeiter, d. h. also die Gewerkschaften wählen, sozialdemokratischen Agitatoren zu einer Lebensstellung verhilft, dazu hat sie kaum Veranlassung, das schon auch dem Abgeordneten Quis einzuleuchten. Die Arbeiter selbst haben also verlagert bei der Bekämpfung der Unfallgefahr, und damit ist es für die Sozialdemokratie natürlich nötig, sich nach anderen Ursachen dafür umzusehen. Die Regierung hat öfter wie einmal unter anderem auch durch die Einführung der Sicherheitsmänner, bewiesen, daß sie es ernst mit der Unfallverhütung nimmt. So blieb denn nichts weiter übrig, als alle Schuld und alle Verantwortung für die Katastrophen den Arbeitgebern, dem Moloch Kapitalismus aufzuwälzen, wollte man nicht zugeben, daß die Unfälle im Bergbau in weitaus den meisten Fällen neben der höheren Gewalt auf die eigene Unvorsichtigkeit der Arbeiter zurückgeführt werden müssen. Und das wäre doch der schwerste Schlag für die sozialdemokratische Agitation unter den Bergarbeitern gewesen. Daß es dem sozialdemokratischen Redner bei seinen Angriffen auf Kapitalismus und Unternehmertum passierte, daß er als Mann des Zukunftstages sich zugleich als Laudator temporis acti, als Lobredner der Vergangenheit, zeigte, in dem er die Verhältnisse vor der Mitte des vorigen Jahrhunderts als vorbildlich für die Jetztzeit hinstellte, obwohl zu ihrer Schaffung die Sozialdemokratie nicht mitgewirkt hatte, ist immerhin bemerkenswert.

So waren diese seine Ausführungen nichts weiter als eine reine Agitationsrede zum Fenster hinaus. In derselben Weise benutzte auch der „Vorwärts“ das besagene Ereignis, um die Bergarbeiter gegen die Grubenbarone aufzuheben, und damit seinen Weizen zum Blühen zu bringen. Demgegenüber muß man dem Abgeordneten Schrader recht geben, wenn er mit besonderer Rücksicht auf die Grubenbesitzer sagte, „der Bergarbeiter brauche sicherlich Ruhe und Sicherheit in seinem schweren Beruf, aber auch Ruhe vor politischen Untrieben. Die Organisationen suchen den Bergarbeiter nur politisch aufzuklären, eine berufliche Aufklärung wäre weit nötiger.“ Auch die politischen Organisationen bringen nur fortwährend Beunruhigung und Verheerung in die Reihen der Bergleute. Sie wollten die Bergleute zu Proletariern machen, der Bergmann ist aber kein Proletarier, er ist stolz auf seinen Beruf.“ Alles in allem hat die Sozialdemokratie, wie die beiden Ausführungen im Abgeordnetenhaus und im „Vorwärts“ zur Genüge zeigen, für die Bekämpfung der Grubenkatastrophen positive Vorschläge nicht bringen können. Sie verfaßte hier, wie überall, wenn sie mit ihren arauen Theorien einmal praktische Arbeit leisten soll. Und das ist vielleicht das einzig Gute, was das besagene Unglück gezeitigt hat.

### Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. Februar. Im Reichstag gedachte Präsident Krupf des bedauerlichen Unfalles, der zwei Mitglieder des Hauses betroffen hat, und sprach ihnen die besten Wünsche zu ihrer baldigen Wiederherstellung aus. Bei der Beratung über die Handhabung des Vereinsrechts durfte man von vornherein auf starke oppositionelle Töne gefaßt sein, da zu diesem Thema Entschlüsse des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten im Sinne einer freieren Gestaltung des Gesetzes vorlagen. Die Aussprache gestaltete sich jedoch nicht so lebhaft, wie man erwarten durfte, da die Redner sich zu sehr in Einzelheiten verloren und das Haus dadurch ermüdeten. Im allgemeinen waren es immer dieselben Klagen, die vorgebracht wurden, nur demügelte der Pole Roszewski in erster Linie die Handhabung des Sprachenparagrafen gegenüber den Polen, während der Sozialdemokrat Regien sich über die Behandlung seiner politischen Freunde teilweise unter scharfen Ausfällen gegen die Handhabung des Vereinsgesetzes in Sachsen beiführte und allgemein die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes als eine Rechtsbeugung bezeichnete. Auch der Zentrumredner Oberlandesgerichtsrat Marx trat für eine Milderung des Reichsvereinsgesetzes in freierwilligem Sinne ein, forderte auch mit im Interesse der Polen eine Aufhebung des Sprachenparagrafen und wünschte eine größere Freiheit für die Betätigung der christlichen Gewerkschaften und katholischen Vereine. Bei der Regierung fanden die Redner mit ihren Wünschen, wie vorauszu sehen war, wenig Entgegenkommen. Durch Ministerialdirektor Lewald ließ sie erklären, zurzeit bestünde keine Reizung, das Vereinsgesetz durch eine Novelle abzuändern. Gegenüber den vorgebrachten Klagen wies der Regierungsvorredner darauf hin, daß die Ausführung in den Händen der Einzelstaaten liege und daß die Reichsregierung nur nachsichtvolle Ausführungsbestimmungen einschränken könne. Der beste Beweis, daß die Exekutivbehörde vom besten Willen befehle sei, wäre die Tatsache, daß die heutige Kritik sich nicht so sehr gegen diese Behörden als gegen die Auslegung der Gerichte gerichtet habe. In weiteren Verläufe seiner Ausführungen berührte er eine Anzahl Einzelfälle, wie den Fall Amundsen, die Frage, was ein politischer Verein sei, und zum Schluß das Verbot eines Berliner Schutzmannvereins, wobei er mehrfach von Kundgebungen der Linken und des Zentrums unterbrochen wurde, während die Rechte ihm Beifall spendete. Als letzte Rede sprach ein Konservativer und ein Reichsparteiler, die sich beide auf den Standpunkt der Regierung stellten.

### Abklärung eines bedeutenden Kulturwertes.

Die deutschafrikanische Zentralbahn von Dar-es-Salaam an den Tanganjikasee ist fertiggestellt. Die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung dieser unserer größten

hilfe, indem man im ersten Falle die Bertel für einige Zeit fortnimmt und der Son eine gute Karte gibt, bis die Schrift sich einstellt, im zweiten Falle die Bertel einzeln anlegt, wobei der Son gut arbeitet und das Ergebnis schnell ist. Bei den Schriften führe man den Schritt von innen nach außen, damit die Schriftfläche auf den Boden zu liegen kommt. Es sind nämlich franke und verleihe Ringe auf auf das rechte Bein zu setzen.